

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 723.11 / 22.12.2011

Landesregierung muss zur Besinnung kommen

Zur kurz bevorstehenden Verlängerung des Muschelfischereiprogrammes bis 2026 sagt die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Marlies Fritzen**:

Die Verlängerung des Muschelfischereiprogramms ist aus Naturschutzsicht unverantwortlich und politisch ein Skandal. Kurz vor dem voraussichtlichen Mehrheitsverlust von Schwarz-Gelb, wollen CDU und FDP über vier Legislaturperioden Pflöcke einschlagen, die nach dem OVG-Urteil der vergangenen Woche vermutlich sogar gegen geltendes Recht verstoßen.

Die Muschelfischer haben in den letzten Jahren 90 Prozent ihres „Kapitals“ verloren, denn die natürlichen Miesmuschelbestände sind auf weniger als 10 Prozent geschrumpft. Dennoch will die Landesregierung einen neuen, unbegrenzten „Kredit“ vergeben. Die Fischerei auf Saatmuscheln selbst in Teilen der Kernzone des Nationalparks soll weiter erlaubt sein. Zu befürchten ist außerdem, dass man auch auf den vom OVG verbotenen Import von Besatzmuscheln nicht verzichten wird. Zusätzlich zu den bestehenden Eingriffen sollen 400 Hektar Nationalpark durch Saatmuschelgewinnungsanlagen überbaut werden, für die nicht einmal eine Verträglichkeitsprüfung vorliegt.

CDU und FDP wandern auf einem sehr schmalen Grad. Wenn sich nach der übereilten Unterzeichnung von Muschelfischereiprogramm und -verträgen Rechtsfehler erweisen, können Schadenersatzansprüche in noch nicht geahnter Höhe auf das Land zu kommen.

Das aktuelle Muschelfischereiprogramm läuft erst 2016 aus. Da ist Zeit genug, im kommenden Jahr die Bestandsentwicklung zu beobachten, die Verträglichkeit von Saatmuschelgewinnungsanlagen zu untersuchen und die schriftliche Urteilsbegründung aus Schleswig abzuwarten. Erst danach gibt es Klarheit darüber, was rechtssicher möglich ist. Statt hektischem Aktionismus ist Nachdenken angesagt. CDU und FDP sollten endlich zur Besinnung kommen. Weihnachten ist dafür eine gute Zeit.
